

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen befähigter bestimmter Blatt.

Postkonten  
Dresden 1380.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 150.

Mittwoch, 1. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Quartals von Publikationsberechtigungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jetztaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Zeitgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Auf des Messers Schneide.

Am 1. Juli wird vielleicht in Deutschland mancher nachdenklich seinen Kalender betrachten. War dies nicht der Tag, an dem nach Hoovers großem Plan das Weltjahr für die politischen Schulden beginnen sollte? Ja, er war es. Da wäre es also den Franzosen glücklicherweise, den rechtzeitigen Beginn zu sabotieren? Gemacht! Ganz so schlimm stehen die Dinge doch nicht. Hoover hatte offenbar mit Bedacht einen Zeitpunkt gewählt, der noch Spielraum für nötigenfalls einige Lage gewährt. Die Stichtage der großen internationalen Zahlungsverträge liegen nicht am 1. Juli. Deutschland beispielsweise hätte, wenn der Plan Hoovers nicht gekommen wäre, erst am 15. Juli den nächsten fälligen Monatsbetrag bei der Bank für internationale Zahlungen in Basel einzuzahlen. Es handelt sich um einen Devisenbetrag von rund 100 Millionen Reichsmark, die die Reichsbank wohl vorrätig halber bereithalten wird. Aber man darf doch mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß diese Summe nicht in Basel wird abgeliefert werden müssen.

So sauer ist seit 1918 für Frankreich kein Apfel gewesen wie der, den ihm jetzt Herr Hoover zum Hineinbeißen hinhält. Der Plan Hoovers ist den Franzosen offenbar noch peinlicher, als selbst das französisch-amerikanische Schuldenabkommen, an dessen Ratifizierung sich Frankreichs gesetzgebende Körperschaften drei Jahre lang vorbeigedrückt haben, bis Poincaré um der Stabilisierung des Franken willen sie dazu zwang. Damals begann in Frankreich jene verdrückte, ja leicht gehässige Stimmung gegen Amerika aufzukommen, bei der früheren Verständigung zwischen den beiden „großen Demokratien“ an beiden Ufern des Atlantischen Ozeans einigen Schaden getan hat. Amerika vergaß diese Gefühle mit immer ausgiebigeren Bemerkungen über die französische Wirtschaftspolitik. Die Stimmung in der französischen Bevölkerung wurde zeitweise so nervös, daß amerikanische Reisende, einstmals an der Seine hochwillkommen, bei der Rundfahrt durch Paris in den Tagen der großen Franzosenkrise belästigt und beschimpft wurden. Man darf gewiß solche Bestimmungen nicht übersehen. In den Augen des Durchschnittsamerikaners ist Frankreich, abgesehen von dem eine besondere Rolle spielenden England, immer noch der Brennpunkt, aus dem der gelammte Glanz europäischer Kultur, Gesellschaft und Lebenslust am heftigsten widerstrahlt. Freilich ist Frankreich für ihn auch so sehr der Repräsentant Europas, daß er die Sünden der „großen Nation“, ihren Wirtschaftswahn und ihr politisches Nachstreben, unbestehen mehr oder minder ebenfalls dem gesamten Europa zur Last schreibt. Augenblicklich ist es ja so, daß von allen Ländern nur Frankreich mit einigermaßen gutem Gewissen gegenüber seinem Steuerzahler sich große Kräfteausgaben erlauben darf. Italien beispielsweise bricht unter seiner Last fast zusammen, aber ehrgeizig und machtwillig fixiert es sich an, um, wenn auch leidend, sich neben Frankreich zu halten.

Nicht Deutschland allein ist daher über die Verteilung in den Verhandlungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem amerikanischen Staatssekretär Mellon benutzlos. Wenn Frankreich mit Amerika zu keiner Einigung kommt, so verdirbt es nicht seine eigene Sache, sondern die Sache Europas. So beurteilt man die Lage selbst in jenen Ländern, die nicht, wie wir, unter der Reparationslast stöhnen. Macdonalds Abklärungsrede im Unterhaus bekommt in diesem Zusammenhang ihren besonderen Sinn. Sie ist eine Warnung an Frankreich, aber auch ein Hinweis an die Amerikaner, doch den Mut nicht zu verlieren. Mit einiger Vernetzung hat ja Washington bereits in einem offiziellen Kommuniqué vor aller Welt festgelegt, daß nur die Franzosen dem Hoover'schen Plan noch grundsätzliche Schwierigkeiten machen. Es ist für Deutschland eine gewisse Genugtuung, daß selbst in den Augen einer ihm nicht allzu wohlgesonnenen Welt einmal jemand anders der Störenfried ist. Aber wenn es diesem Störenfried gelingen würde, die Amerikaner endgültig vor den Kopf zu stoßen, so wäre doch wieder Deutschland der Hauptleidtragende. Denn die Krise, die jetzt überwunden werden soll, ist mehr als eine rein politische Krise. Sie stellt sich immer deutlicher dar als eine Erschlitterung des gesamten herrschenden Wirtschaftssystems, die nur durch Zusammenarbeit und guten Willen aller großen Wirtschaftsmächte überwunden werden kann. Dazu bedarf es ungewöhnlicher Anstrengungen und ungewöhnlicher Maßnahmen, bei denen Amerika unentbehrlich ist. Das hat Hoover eingesehen. Aber ob die große Waffe seiner Landleute es ebenso deutlich einsehen wird, wenn Frankreich weiter bodenlos bleibt, ist eine andere Frage. In diesem Zusammenhang wird Brinkings Angebot eines „deutsch-französischen Chequers“ erst richtig verständlich. Wir wollen gewiß nicht die Leidtragenden bei einer französisch-amerikanischen Einigung sein; daher die augenblickliche deutsche Zurückhaltung gegenüber den Pariser Verhandlungen. Aber ebensowenig wollen wir die Leidtragenden bei einem Scheitern dieser Verhandlungen sein. Darum erklären wir so laut, daß alle Welt einschließlich Amerikas es hört: wir sind bereit, uns mit Frankreich über allen Haufen offen auszusprechen. Wir sind bereit, das unferne zu tun, damit Hoovers großer Plan gelinge. Nun möge Frankreich auch das seine tun.

## Die Pariser Verhandlungen stoden.

Besondere Aktion für Deutschland. — Ein neuer Plan Hoovers.

### Sonderaktion für Deutschland?

Washington, 1. Juli.

In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zur Zeit ernst sei, daß Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allem ehrlichen und ernstlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den wahren Sinn des Hoover-Plans über Bord zu werfen. Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für den Young-Plan ab, und man erklärt es für widersinnig, von Deutschland, dessen verzeihliche finanzielle Lage überall gegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unausschießbaren Teils ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle. Hoover bespricht die Lage in einer längeren Kabinettsitzung, an der Calkins und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telephonierte hatte.

In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, belagern, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nötigenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne. Als haltlos werden die Meldungen bezeichnet, nach denen man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsch. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde.

In Erinnerung daran, daß Kellogg bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im August 1928 Frankreich und Irland, nicht aber London besuchte, wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen Hoover Stimson anweisen könnte, nicht nach Paris zu gehen.

### Pariser Senatsitzung.

In Paris, 30. Juni. Der Senat beschäftigte sich am Dienstag nachmittag zunächst mit den Mehrstimmrechtsaktien und trat erst nach 6 Uhr in die große politische Aussprache ein. Senator Keemery befragte als erster die Tribüne, um seinen Interpellationsantrag zu begründen. Dieser Antrag bezieht sich weniger auf den Stand der Verhandlungen mit Amerika, noch auf die Auswirkungen, die der amerikanische Vorschlag haben kann, sondern vielmehr auf die Form, wie der amerikanische Vorschlag eingebracht wurde und auf die Vorgeschichte, die ihn hervorrief.

Der Abstimmung ging eine kurze klare einseitige Erklärung Laval's voraus. Die Situation sei sehr heikel gewesen, heikler als jemals nach dem Krieg. Er danke allen Rednern, aus deren Ausführungen hervorgegangen sei, daß sie die Stellung der französischen Regierung in den gegenwärtigen Verhandlungen stärken wollten. Laval wandte sich gegen die Behauptung, daß Frankreich mit dem Vorschlage Hoovers überfordert worden sei. Im Gegenteil, Stimson habe den vortrefflichen Wandel vorher informiert. Alle Länder hätten den Vorschlag Hoovers angenommen, auch Frankreich. Mit besonderer Wärme verteidigte Laval die Haltung Amerikas, das nicht als harter Gläubiger gehandelt habe. Die öffentliche Meinung täusche sich, wenn sie das glaube. Man dürfe indes nicht die Vorbehalte unterschätzen, die Frankreich gemacht habe. In den Verhandlungen, die morgen fortgesetzt würden, werde Frankreich seine Würde wahren. Es werde sich daran erinnern, daß es 1928 allein seine Krise überwunden habe, die der Krise analog sei, unter der Deutschland leide. Um Überraschungen zu vermeiden, halte er es für notwendig, daß zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung offene Unterhaltungen stattfinden, von deren Erfolg er überzeugt sei. Andere Erklärungen könne er jetzt nicht abgeben. Die Regierung brauche eine starke Autorität und erwarte eine Stärkung der Autorität durch das Votum des Senates. Aus der Aussprache sind besonders beachtlich die Reden der Senatoren Keemery, Millerand und Henry de Jouvenel. Keemery befragte sich darüber, daß das Parlament unter einem moralischen Druck berate, ähnlich wie 1923. Man müsse der amerikanischen Verpflichtung die französische Kaltblütigkeit entgegenstellen. Der Hoovervorschlag habe nur einen Sinn, wenn er für mehr als ein Jahr angewandt werde. Dann aber sei es unmöglich, das noch im französischen Haushalt zu stoppen. Millerand betonte, Frankreich sei zu stark an Amerika gebunden, als daß es nicht alles daran setzen müsse, um diese Freundschaft aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite des Atlantik müsse man sich jedoch darüber klar werden, daß diese Freundschaft einer zweiten Belastung wie diejenige, die Frankreich letzten durchgemacht habe, nicht standhalten werde. Jetzt sei der Augenblick gekommen, von Deutschland

ein Ottocarno zu fordern, ebenso wie den feierlichen Verzicht auf den Anschluß. Henry de Jouvenel unterstrich, daß nicht die Reparationszahlungen die Wirtschaftskrise in Deutschland hervorgerufen hätten. Nach Auffassung deutscher Wirtschaftler selbst hätte das deutsche Kapital sich in den letzten Jahren vielmehr um 180 Milliarden Franken erhöht. Der Ausgang der Wahlen und der Anschließungsverfall der einzige Grund für die Krise, da hierdurch das Vertrauen in Deutschland verloren gegangen sei. Vor Laval gab Finanzminister Mandin einige Erläuterungen zu der Frage, ob das Hoovermoratorium oder das Youngmoratorium für Frankreich vorteilhafter sei. Aus den eingehenden Berechnungen des Ministers geht hervor, daß das Hoovermoratorium wenigstens anfänglich bedeutende finanzielle Vorteile für Frankreich bietet. Bei der Beantwortung des amerikanischen Vorschlages habe es sich hauptsächlich darum gehandelt, Frankreich gegen die Folgen des hinterherkommenden Youngmoratoriums zu schützen.

### Frankreichs Ablage

Paris, 1. Juli.

Der französische Senat hat am Schluß der Debatte über die französische Antwort zu dem Hoover'schen Vorschlag nach den Erklärungen des Finanzministers Mandin und des Ministerpräsidenten Laval eine Entschließung des Senats votiert mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, die lautet: „Der Senat ist der Ansicht, daß die Wahrung der Verträge und Abmachungen die einzig feste Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit dreizehn Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Eintracht und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“

### Verhandlungs-Fortsetzung heute Nachmittag.

In Paris, 1. Juli. Die französisch-amerikanischen Verhandlungen sollten heute Vormittag wieder aufgenommen werden. Nach dem Echo de Paris sind sie jedoch auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzsekretär Mellon um diese Frist gebeten habe, damit er noch einmal mit Washington nach der gebräuchlichen Senatsdebatte sich ins Benehmen setzen kann.

### Ein neuer Plan Hoovers?

In London, 1. Juli. Der Times-Korrespondent in Washington meldet: Aus bester Quelle höre ich, daß folgender Kurs für den Fall eines Zusammenbruchs der Pariser Verhandlungen ernstlich erwogen wird: Es wird geplant, den ursprünglichen Hoover-Plan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jedem der einzelnen Schuldnerländer gegenüber besonders zu wiederholen; mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land von der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichten würde.

Dieser Plan befindet sich vorläufig noch im Rohentwurf, und es liegt auf der Hand, daß er sehr ernsthafte finanzielle Komplikationen einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, ihn zu akzeptieren, ohne dadurch gleichermaßen andere Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen, wie es der ursprüngliche Plan Hoovers tat.

Ferner würde der neue Plan die Rückwirkungen eines Vorschlages der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf den deutschen Kredit zum mindesten abschwächen. In diesem Maße würde er die Zustimmung der hiesigen Finanzkreise, die umfangreiche Beziehungen zu Deutschland haben, und der Inhaber deutscher Wertpapiere finden. Wenn auch dieser Plan der wichtigste der Alternativen ist, die jetzt erwogen werden, ist eine endgültige Entscheidung darüber noch nicht erfolgt.

### Italien verzichtet bereits

Washington, 1. Juli.

Die italienische Regierung ließ durch ihren hiesigen Botschafter dem Staatsdepartement mitteilen, daß Italien vom 1. Juli ab auf die ihm von den Schuldnerländern zustehenden Zahlungen vorläufig verzichten werde.